



Rechtsausschuss

11. Sitzung (öffentlich)

25. April 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Erfahrungsbericht zur Einführung des § 15 a EGZPO

1

- Bericht des Justizministers
- Diskussion

2 Schutz und Hilfen für Opfer von Straftaten sachgerecht weiterentwickeln

hier: **3. Bericht des Justizministers an den Rechtsausschuss**

Vorlage 13/621

4

- Bericht des Staatssekretärs
- Diskussion

3 Gleiche Ahndung von sexueller Gewalt gegen behinderte und nichtbehinderte Opfer

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/852

12

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Punkt in der Juni-Sitzung zu behandeln, wenn voraussichtlich die Voten der mitberatenden Ausschüsse vorliegen.

4 Keine Einschränkung des Rechtsschutzes für die Bürgerinnen und Bürger

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/897

13

Der Ausschuss widerspricht dem Vorschlag des Vorsitzenden, bereits heute über den Antrag abzustimmen, nicht.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit 7 : 6 Stimmen angenommen.

5 Gesetz zur Förderung der Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-westfälisches Informationsfreiheitsgesetz - IFG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/321

Zuschriften 13/406, 13/415, 13/428, 13/429, 13/430, 13/436, 13/441, 13/442, 13/465, 13/454 und 13/566

Ausschussprotokoll 13/246

Vorlage 13/639

13

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Tagesordnungspunkt in der Juni-Sitzung zu behandeln.

6 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/187

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/642

Und:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren von Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/457

Zuschriften 13/380, 13/386, 13/387, 13/392, 13/393, 13/403, 13/420 und
13/421

Ausschussprotokoll 13/231

14

Der Ausschuss kommt überein, wegen der noch laufenden Gespräche der Fraktionen heute von einem Votum abzusehen, wohl wissend, dass der federführende Ausschuss seine Beratungen am 13. Juni abschließen will und eine ordentliche Sitzung des Rechtsausschusses bis dahin nicht mehr stattfindet. Der Ausschuss beschließt außerdem, auch auf eine Sondersitzung zu diesem Thema zu verzichten.

7 Gesetz über die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/623

14

Die Beratung wird einvernehmlich vertagt.

8 Gesetz zur Sicherstellung der Generationengerechtigkeit auf kommunaler Ebene

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/624

15

Der Ausschuss beschließt, die Beratung zu vertagen.

9 Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik - Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/713

15

- Bericht des Justizministers
- Diskussion

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

10 Gegen Gewalt in der Ehe - "Rote Karte" für gewaltbereite Ehepartner

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/851

In Verbindung damit:

Häuslicher Gewalt entschieden entgegentreten - Aktionsplan der Bundesregierung unterstützen und durch Landesaktionsplan begleiten

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/916

20

- Diskussion

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Antrag in seiner Juni-Sitzung abschließend zu beraten und abzustimmen.

11 Zusammenlegung der Justizvollzugsämter Köln und Hamm 22

- Bericht des Justizministers
- Diskussion

12 Verschiedenes

hier: **Termin der nächsten Sitzung** 27

Die nächste Sitzung soll am 18. Juni um 15 Uhr stattfinden.

6 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/187

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/642

Und:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren von Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/457

Zuschriften 13/380, 13/386, 13/387, 13/392, 13/393, 13/403, 13/420 und 13/421

Ausschussprotokoll 13/231

Der **Ausschuss** kommt überein, wegen der noch laufenden Gespräche der Fraktionen heute von einem Votum abzusehen, wohl wissend, dass der federführende Ausschuss seine Beratungen am 13. Juni abschließen will und eine ordentliche Sitzung des Rechtsausschusses bis dahin nicht mehr stattfindet. Der Ausschuss beschließt außerdem, auch auf eine Sondersitzung zu diesem Thema zu verzichten.

7 Gesetz über die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache 13/623

(vom Landtag am 14. Februar 2001 an den Ausschuss für Kommunalpolitik - federführend - sowie an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie und den Rechtsausschuss überwiesen)

Die Beratung wird einvernehmlich vertagt.